

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 95 (2020)
Heft: 2

Artikel: Erdogan greift in libyschen Bürgerkrieg ein
Autor: Keller, Jonas
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-914283>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Erdogan greift in libyschen Bürgerkrieg ein

Die Türkei ist seit Anfang Januar in den libyschen Bürgerkrieg involviert. Die Entsendung von Truppen ist Teil des wachsenden Selbstverständnisses des Landes als militärische und diplomatische Regionalmacht.

Jonas Keller

Die Türkei hat Anfang Januar begonnen, Truppen ins Bürgerkriegsland Libyen zu entsenden. Die Intervention geht auf ein Abkommen des türkischen Präsidenten Recep Erdogan mit dem libyschen Präsidenten Fajis al-Sarradsch von Ende November zurück. Das türkische Parlament, kontrolliert von Erdogans konservativ-nationalistischer Koalition, hatte den Schritt Anfang dieses Jahres gegen den Willen der Opposition abgesegnet. Völkerrechtlich ist die Intervention durch den Vertrag mit der Regierung von al-Sarradsch legitimiert.

Präsident Fajis al-Sarradsch ist das von der UNO anerkannte Staatsoberhaupt Libyens, kontrolliert aber faktisch nur einen kleinen Teil des nordafrikanischen Landes, welches sich im Nachfeld des Sturzes von Muammar al-Gaddafi seit 2014 im Bürgerkrieg befindet. Das libysche Parlament im östlich gelegenen Tobruk hingegen unterstützt al-Sarradschs Widersacher General Chalifa Haftar, der mit seiner «Libyschen Nationalarmee» (LNA) den Grossteil des Landes kontrolliert.

Die LNA war ursprünglich entstanden, um im Chaos des Bürgerkriegs gegen islamistische Milizen vorzugehen, etablierte sich aber rasch als eigenständiges Machtzentrum. Durch seine Kontrolle über Tobruk hat Haftar bisher die Bildung einer nationalen Einheitsregierung verhindert, welche vom Parlament abgesegnet werden müsste. Seit Anfang letzten Jahres sind LNA-Truppen zunehmend auf die von al-Sarradsch kontrollierte Hauptstadt Tripolis vorgerückt in einem Versuch, ganz Libyen unter ihre Kontrolle zu bringen.

General Haftar wird dabei international unterstützt von Russland, Saudi Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Ägypten.

Ausmass der Intervention unklar

Die Entsendung der türkischen Truppen ist zahlenmässig offen und liegt in der vollen Autorität von Präsident Erdogan. Sie ist vorerst auf ein Jahr beschränkt. Kampfhandlungen sollen gemäss Erdogan dabei nicht im Zentrum stehen. Die Truppen, darunter auch hochrangige Offiziere, sollen vor allem Koordinationsaufgaben übernehmen. Eine genaue Definition von Umfang, Mitteln und Zielen der Mission ist

allerdings nicht bekannt gegeben worden. Begründet wird der Schritt im Gesetzestext mit den strategischen Interessen der Türkei im Mittelmeerraum und Nordafrika.

Nach dem Vordringen auf syrisches Kurdengebiet letzten Oktober ist es das zweite Mal innert weniger Monate, dass Erdogan sich auf eine militärische Intervention im Ausland einlässt. Während im Fall des syrisch-türkischen Grenzgebiets US-Präsident Donald Trump nur pro forma gegen den Einmarsch protestierte und der russische Präsident Vladimir Putin die Interessensaufteilung in Syrien gleich vertraglich mit Erdogan regelte, sieht sich das türkische Staatsoberhaupt nun stärkerer Kritik der beiden Grossmächte ausgesetzt. Trump hat Erdogan vor einer weiteren Destabilisierung der Lage in Libyen gewarnt.

Konfliktpotenzial mit Grossmächten

Erdogan hat das NATO-Mitglied Türkei in den letzten Jahren verstärkt zwischen den Machtblöcken positioniert, unter anderem mit dem Erwerb eines S400-Raketensystems von Russland letzten Herbst. «Ich will, dass sowohl Amerika als auch Russland meine Freunde sind», wie er zu diesem Anlass sagte. Die USA haben ihn zwar dafür teilweise kritisiert. Gleichzeitig hat Trumps Weisses Haus Erdogans nationalistischer und machtpolitischer Agenda ideologische Rückendeckung verschafft.



Steht vor Tripolis: General Haftar.

Bilder: afp



Der Konfliktverlauf Mitte Januar 20.



Bild: Mahmud Turkia, afp

Irreguläre Kräfte: überall im Einsatz.

Russland wiederum hofft, durch eine engere Beziehung mit Ankara einen Keil zwischen die NATO-Staaten treiben zu können.

Die türkische Intervention in Libyen stellt diese Beziehung nun auf die Probe. Russland hat grosses Interesse daran, mit einem verbündeten Libyen unter Haftar einen Brückenkopf in Nordafrika zu erhalten, ebenso wie am Ressourcenreichtum des Landes. Offiziell pocht Russland auf eine diplomatische Lösung. Russische Söldner spielen aber gemäss Untersuchungen der libyschen Regierung in Tripolis eine entscheidende Rolle in General Haftars militärischem Erfolg. Als Resultat eines Treffens zwischen Putin und Erdogan kurz nach dem offiziellen Beginn der türkischen Intervention, setzten beide Länder gemeinsam auf eine diplomatische Offensive zur Aushandlung eines Waffenstillstands. Der Schritt zeigt einerseits das Interesse Erdogans, nicht in einen Stellvertreterkrieg mit Russland hineingezogen zu werden, und andererseits den Anspruch, nicht nur militärisch sondern auch diplomatisch die Region mitzugestalten.

Neuer Machtpol im Nahen Osten

Das zunehmend offensive Auftreten der Türkei unter Erdogan verändert die Dynamik im muslimischen Raum nachhaltig. Diese war seit der iranischen Revolution 1979 geprägt von der Rivalität zwischen dem schiitischen Teheran und dem sunnitischen Riad. Nachdem durch die amerikanische Invasion 2003 das sunnitisch dominierte, aber säkulare Regime von Saddam Hussein als Pufferzone zwischen den zwei Blöcken wegfiel, nahm die Instabilität der Region und damit der Einfluss der Regionalmächte über ihre Grenzen hinaus zu. Die Destabilisierung weiterer tendenziell säkularer Regimes in Syrien und Libyen im Rahmen des Arabischen Frühlings ab 2010 verstärkte diese Entwicklung noch.

Nun aber gesellt sich mit Ankara ein weiteres Machtzentrum mit regionalem Hegemonialanspruch dazu. Im Gegensatz zur bisherigen Bruchlinie in der arabischen Welt, die entlang konfessioneller Linien verlief, verfolgt die mehrheitlich sunnitische Türkei allerdings eine rein machtpolitische Strategie mit einem Fokus auf imperiale Nostalgie. Libyen war bis

zur Eroberung durch Italien 1911 für mehrere Jahrhunderte Teil des Osmanischen Reiches.

Streit ums Mittelmeer

Ein zweites Abkommen mit der Regierung al-Sarradsch, das zeitgleich mit dem Abkommen über die Truppenentsendung unterzeichnet wurde, gesteht der Türkei das alleinige Nutzungsrecht über weite Teile des Mittelmeers zwischen Zypern und Kreta zu. Das Abkommen wurde von den anderen Mittelmeerstaaten verurteilt, Griechenland verwies deswegen den libyschen Botschafter des Landes. Die Türkei erhebt mit dem Abkommen Anspruch auf die Rohstoffe um die griechische Insel Kreta sowie Zypern. Die Insel besteht seit der türkischen Invasion 1974 faktisch aus zwei Staaten, der Republik Zypern im Süden und der Türkischen Republik Nordzypern. Nordzypern wird nur von der Türkei als Staat anerkannt. Mehrere zehntausend türkische Truppen sind nach wie vor dort stationiert.

Ein Einflussgewinn in Libyen durch eine erfolgreiche Unterstützung der Regierung von Präsident al-Sarradsch würde die Position der Türkei im Nahen Osten und im Mittelmeerraum massiv stärken und sie als dritten Machtpol in der Region fest etablieren. Dazu allerdings muss Erdogan verhindern, in einen eskalierenden Stellvertreterkrieg hineingezogen zu werden, dessen Ausgang und Kosten nicht absehbar sind. So hatte schon kurz nach dem Bekanntwerden der türkischen Intervention das Parlament in Tobruk damit gedroht, um Unterstützung der ägyptischen Armee zu bitten.

Die aktuellen Friedensbemühungen, die vorerst zum Ziel haben, ausländische Waffen und Truppen aus dem Konflikt zu entfernen, sind für Erdogan deshalb durchaus ein Erfolg. Sie demonstrieren seinen Einfluss und stützen seinen Verbündeten zu einem kritischen Zeitpunkt, ohne dass die Türkei eigene Verluste befürchten muss. Die Waffenruhe steht aber auf wackligen Beinen und dürfte nur solange halten, wie General Haftar und dessen internationale Verbündete seine militärische Position der Stärke nicht bedroht sehen. Die Gefahr einer weiteren Internationalisierung des Konflikts ist somit zwar verzögert, aber nicht gebannt. ✚



Bild: afp

Militärisch überlegen: General Haftars Truppen.



Bild: REUTERS/Goran Tomasevic

Seit Jahren herrscht Krieg.



Bild: Adem Altan AFP/Getty Images

Greift in den Konflikt ein: Präsident Erdogan.